

100 Tage Demokratie ...

... oder der Versuch, ein demokratisches Fundament zu errichten

von Warsito Ellwein

Abdurrahman Wahid, auch Gus Dur genannt, und Megawati Sukarnoputri wissen, dass ihre Aufgabe als Präsident und Vizepräsidentin der Republik Indonesien äußerst schwer ist. Sie sind mit den unterschiedlichsten Krisen konfrontiert: Der politischen Krise, der Wirtschaftskrise, der Vertrauenskrise gegenüber der Regierung sowie der sozialen Krise; die angehäuften Auslandsschulden, die verschiedenen regionalen Konflikte, die hohe Arbeitslosigkeit, das Verschwinden einer gemeinsamen politischen Orientierung und vieles andere mehr.

Erschwerend kommt die euphorische Stimmung hinzu, die bei der Wahl der beiden entstand und mit der die Hoffnung verbunden war, sie würden schon bald alle Schwierigkeiten lösen können.

Etwas leichter wird die Aufgabe durch den starken Rückhalt, den Gus Dur und Megawati bei der Bevölkerung haben, der sich durch ihre demokratische Wahl von den indonesischen Volksvertretern und auch durch die internationale Unterstützung erklären lässt. Daher sind viele Menschen bereit, ihnen bei der Problemlösung zu helfen.

Zunächst wurde das Hauptanliegen des Duos, die nationale Versöhnung, durch die Bildung eines Kabinetts, das aus den Mitgliedern der verschiedenen Wahlgewinner-Parteien sowie dem Militär bestand, vorangetrieben. Darüber hinaus besuchte Gus Dur direkt verschiedene Länder, um Unterstützung für seine Politik zu gewinnen. Diese bilateralen Arbeitsgespräche dienten nicht zuletzt dem Wiederaufbau der darniederliegenden indonesischen Wirtschaft. Eines der brennendsten internen Probleme war die Forderung verschiedener Regionen wie Aceh, den Molukken, Westpapua und Riau nach Abspaltung von Indonesien.

Zu erwähnen sind auch die Bemühungen Gus Durs, die von der Gesellschaft geforderten Reformen, weiter voranzubringen. Dazu löste er

das Informations- und das Sozialministerium auf. Beide nutzte Suharto zur Stärkung seiner Macht. Die Aufgabe des Informationsministeriums war es, die öffentliche Meinung sowie die Massenmedien zu kontrollieren, das Sozialministerium gab die Steuergelder nur für Aktivitäten aus, die die Mächtigen stabilisierte.

Außerdem wurde das Amt des Verteidigungsministers an einen Zivilisten vergeben und das Amt des Befehlshabers der Streitkräfte (TNI) an einen Marinegeneral. Hieran lässt sich ablesen, dass Gus Dur die tradierten Strukturen der Orde Baru, der Suharto-Ära, aufzulösen versucht.

Eine neue Art des politischen Dialogs mit der Bevölkerung schaffte Gus Dur durch sogenannte »Open House«- Gespräche. Zu ihnen kann jeder kommen und persönlich mit dem Präsidenten sprechen — ohne größeres protokollarisches Zeremoniell. Auch gegenüber der Presse gibt Gus Dur gerne aussagekräftige Erklärungen ab. Das Wichtigste ist jedoch, dass Gus Dur auf das Primat des Rechts und auf eine funktionierende Parlamentsarbeit achtet.

Mit seiner Führungsstärke gelingt es Gus Dur auf eine entspannte Art, die sozialpolitischen Spannungen in der Gesellschaft zu beruhigen. Kurz gesagt, Präsident Wahid möchte die Grundlagen für eine starke Demokratie in der indonesischen Gesellschaft legen.

Enttäuschung der politischen Elite

Ein Großteil des indonesischen Volkes ist dankbar, jetzt einen Präsidenten und eine Vizepräsidentin zu haben, die ihr Schicksal beachten. Aber ein Teil der politischen Elite lehnt die beiden ab.

Das Militär, in der Orde Baru ein von allen gefürchteter Machtfaktor, bemüht sich natürlich um Machterhalt, muss jetzt aber zu einer Verringerung seiner Rolle bereit sein. Nicht nur das: Wenn in der Suharto-Zeit das Militär von der Bevölkerung kritisiert wurde, hat der Präsident es grundsätzlich gegen alle Vorwürfe verteidigt. Zur Zeit aber wird das Militär massiv attackiert und mit seinen Menschenrechtsverletzungen konfrontiert — der Präsident jedoch verteidigt es nicht, sondern übergibt alles den Gerichten. Die Landstreitkräfte, die in der Suharto-Ära mit den höchsten Positionen in staatlichen Organisationen versorgt wurden, müssen sich diese nun mit Zivilisten teilen. Selbst innerhalb der Streitkräfte müssen sie Macht an Luftwaffe und Marine abgeben. Zusätzlich kommt hinzu, dass ein Sonderteam der staatlichen Menschenrechtskommission (Komnas HAM) am 31.1.2000

Der Autor ist Mitglied im Vorstand des Trägervereins der Südostasien Informationsstelle.

die Namen von Generälen veröffentlichte, die für Menschenrechtsverletzungen in Osttimor verantwortlich waren. Unter ihnen war General Wiranto, Minister für Sicherheit und Verteidigung. Das Sonderteam empfahl, alle Beschuldigten vom Generalstaatsanwalt anklagen zu lassen, wodurch bei einigen Teilen der Streitkräfte die Enttäuschung über den Präsidenten wuchs.

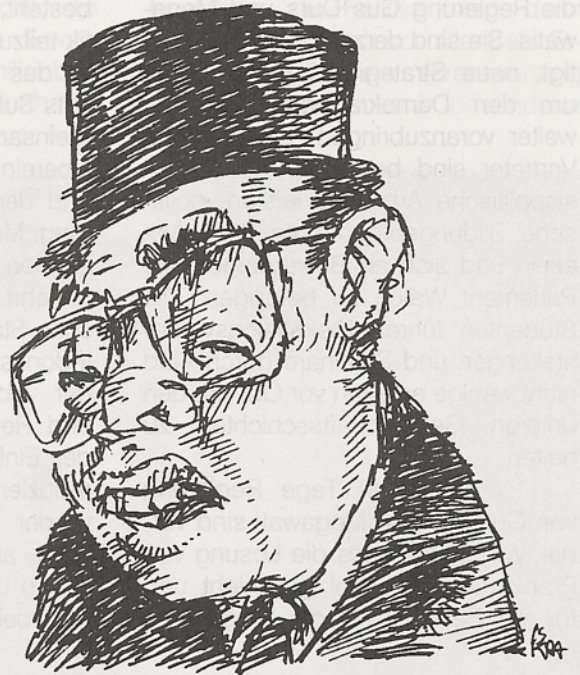
Auch die islamischen Gruppierungen, die sich in der »Mittleren Achse« (Poros Tengah) zusammengeschlossen haben, äußerten bereits mehrfach ihre Unzufriedenheit mit dem Präsidenten. Sie sind der Ansicht, dass Gus Dur, obwohl von ihnen bei der Präsidentschaftswahl unterstützt, Handlungen unternimmt, die nicht vollständig mit den Wünschen ihrer Führungspersonen übereinstimmen. So wurden Schlüsselpositionen wie das Kabinettssekretariat und das Aufbaukontrollsekretariat nicht an Mitglieder der »Mittleren Achse« vergeben, sondern an Marsilam Simanjuntak und Bondan Gunawan, beide aus dem Demokratischen Forum (Forum Demokrasi), bei dem Gus Dur früher Vorsitzender war.

Gus Durs klare Position ist, dass religiöse und staatliche Angelegenheiten voneinander getrennt werden müssen. Somit muss staatliche Politik der ganzen Gesellschaft dienen und nicht zwischen den einzelnen Religionen, Volksgruppen und Rassen unterscheiden. Hingegen fordern islamische Gruppen eine Bevorzugung des Islam, da schließlich über

90 Prozent der Bevölkerung dieser Religion angehören.

Ein weiteres Problem stellt die staatliche Verwaltung dar. Sie besaß in der Orde Baru gegenüber der Gesellschaft eine große Macht und bedeutende soziale Position. Sie warteten auf Anordnungen ihrer Vorgesetzten und behandelten die Bevölkerung auf arrogante Weise wie Untergebene. Jetzt, in der Zeit des Neuen Indonesiens (Indonesia Baru), verlangt man von den Staatsangestellten, effektiver zu arbeiten, initiativ tätig zu sein — kurz gesagt eine professionellere Arbeitsweise. Viele sind damit überfordert. Erwähnt sei hier nur der Fall des Staatsministers Ali Rahman, der vom Präsident den Auftrag erhielt, die Freilassung der politischen Gefangenen so schnell wie möglich zu veranlassen. Er kümmerte sich jedoch auf phlegmatische Weise darum, so dass er in starken Konflikt mit den Forderungen der Gesellschaft und des Präsidenten selbst geriet. Inzwischen hat Ali Rahman laut einem Bericht der Zeitung Bernas seinen Rücktritt als Staatsminister eingereicht.

Politische Gruppierungen, die den Islam als politisches Kampfmittel einsetzen, diffamieren Gus Dur, weil er nicht in der Lage sei, die Schwierigkeiten in Aceh und Ambon zu lösen. Schließlich würden dort Muslime von Angehörigen anderer Religionen getötet. Daneben führen diese Gruppen öffentlichkeitswirksame Aktionen zu den verschiedensten Anlässen durch, wie beispielsweise die Forderung nach Schließung verschiedener Freizeiteinrichtungen während des Fastenmonats Ramadan. In diesem Zusammenhang haben sie das Büro des Bürgermeisters von Jakarta einen Tag lang besetzt gehalten. Eine ihrer Forderungen ist die sofortige Auflösung der nationalen Menschenrechtskommission, da diese nur ein Instrument west-



Präsident Gus Dur

licher Staaten sei. Die gewaltsamen Unruhen vor kurzem in Lombok und Yogyakarta geschahen nach Großveranstaltungen (tablik akbar) islamischer Hard-Liner.

Die allgemeine Lage

Nach Einschätzung des Präsidenten beträgt der Anteil der unzufriedenen Streitkräfte derzeit 10 Prozent, während 90 Prozent hinter ihm stehen. Die Verwaltung braucht wohl noch einige Zeit, sich an den Rhythmus des neuen Präsidenten zu gewöhnen, der vieles schneller umsetzen möchte. Früher oder später wird es jedoch auch in der Verwaltung Veränderungen geben, zum einen, weil die Gesellschaft kritischer geworden ist und zum anderen, weil es auch in der Bürokratie reformwillige Kräfte gibt.

Obwohl Massenveranstaltungen stattfinden, wie beispielsweise von der NU (Nahdatul Ulama) oder der PDI-Perjuangan, sind diese jedoch weit davon entfernt, die Regierungsgeschäfte zu stören, da diese noch die Unterstützung der Bevölkerung hinter sich wissen.

Die prodemokratischen Aktivisten von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Studenten sind bei der Bildung der neuen Regierung beteiligt worden, obwohl nicht viele im Rampenlicht stehen. Dennoch unterstützen sie direkt oder indirekt



Vizepräsidentin Megawati

die Regierung Gus Durs und Megawati. Sie sind derzeit damit beschäftigt, neue Strategien zu entwickeln, um den Demokratisierungsprozess weiter voranzubringen. Einige NRO-Vertreter sind beständig dabei, basispolitische Arbeit zu leisten, politische Bildungsprogramme zu entwickeln und sich an Bewegungen wie Parlemt Watch zu beteiligen. Die Studenten führen Diskussionsveranstaltungen und Seminare durch, und nicht wenige arbeiten vor Ort, um den unteren Gesellschaftsschichten zu helfen.

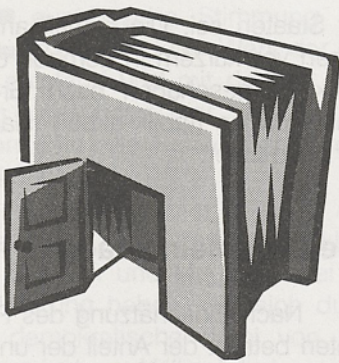
Einhundert Tage Regierung von Gus Dur und Megawati sind vorbei. Wir sehen, dass die Lösung von Problemen gewaltfrei geschieht und für die Bevölkerung die Möglichkeit

besteht, aktiv an der Regierungspolitik teilzunehmen. Mit anderen Worten ist das Volk, früher Objekt, nun bereits Subjekt. Es besitzt jetzt eine gemeinsame politische Orientierung, in Übereinstimmung mit der legitimen und demokratisch gewählten Regierung. Menschen, die nach den Vorfällen von 1965 dem Land den Rücken gekehrt hatten und bereits ausländische Staatsbürger sind, kehren nach Indonesien zurück und werden wieder indonesische Bürger. Presse- und Redefreiheit sind gewährleistet, der Einfluss des Militärs ist deutlich reduziert, Rechtsstaatlichkeit kehrt wieder zurück, das Parlament beginnt, als Volksvertretung zu funktionieren und als Gesetzgebungsorgan zu arbeiten — daraus ergibt sich für

das indonesische Volk eine verbesserte politische Lage.

Auch die Wirtschaft zeigt Anzeichen einer Stabilisierung. Der Rupiah beginnt sich zu festigen und die Investoren kehren nach Indonesien zurück. Gleichzeitig hat Indonesien die Unterstützung der internationalen Finanzorganisationen gesichert und begonnen, neue und wichtige bilaterale Beziehungen in Asien, Amerika, dem Nahen Osten und Europa zu etablieren. Früher oder später wird dies alles hoffentlich auch zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Indonesien führen. 

Übersetzung aus dem Indonesischen
von Patrick Ziegenhain



BUCHBESPRECHUNG

Die rapiden ökonomischen und sozialen Veränderungen der letzten fünfzig Jahre in Asien betreffen vor allem das Leben der weiblichen Bevölkerung. Eine Reihe der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen jungen Nationen schrieben in ihren Verfassungen die Gleichberechtigung der Geschlechter fest, Polygamie wurde vielerorts abgeschafft. Trotzdem bleiben Prostitution, Ausbeutung, Infantizid von weiblichen Nachkommen oder die Abtreibung weiblicher Föten herrschende Probleme auf dem Kontinent.

»Die« Frauen Asiens gibt es nicht

Die australische Journalistin Louise Williams beschreibt in ihrem

Wie die Hinterbeine des Elefanten

von Ulrike Bey

»Eine thailändische Frau ist wie die Hinterbeine eines Elefanten, die immer den Fußstapfen der Vorderbeine folgen«, sagt Thanpuying Lersakdi Sam-patisiri, eine der erfolgreichsten Geschäftsfrauen Thailands, und fügt hinzu: »Die anmutigen Achtungsbeweise sind kein Zeichen von Unterwerfung oder Machtlosigkeit, sondern ein Mittel, den Verhandlungsweg in einer männerdominierten Sozialstruktur zu beschreiten. Manchmal möchten wir laut werden und diskutieren, doch als Frauen bleiben wir ruhig und gehen fort, um besseres zu tun...«.

facettenreichen Buch »Wives, Mistresses and Matriarchs« (1998) die gegenwärtige Lebenssituation asiatischer Frauen. In vierundzwanzig Kapiteln stellt sie Persönlichkeiten unterschiedlicher sozialer, ökonomischer und religiöser Herkunft vor. Die Autorin war in den elf Heimatländern der Interviewten selbst beruflich tätig und gewährleistet damit durch Augenzeugenschaft eine hohe Authentizität. Sie macht deutlich, dass es »die« Frauen in Asien nicht gibt, zu heterogen sind Kultur und Geschichte dieses Erdteils. Durch Ländergrenzen übergreifende Themen stellt sie Übersichtlichkeit her. So verdienen philippinische Arbeitsmigrantinnen in Hong Kong oder Singapur als Hausmädchen mehr Geld als mit einer beruflichen Ausbildung im eigenen Land. Oder

junge Chinesinnen warten im »Mistress Village« an der Grenze zu Hongkong auf zahlungskräftige Kunden aus der ehemaligen britischen Kolonie.

Arbeitsmigration gibt es aber auch in anderen Gegenden des Kontinents. Auf Java beispielsweise ziehen junge Leute aus ihrer dörflichen Heimat weg in die urbanen Zentren. Hier erhoffen sie sich bessere Lebens- und Zukunftschancen. Junge, unverheiratete Frauen finden dort zwar Arbeit in großen Fabriken, gelten aber aufgrund ihres geringen Bildungsgrades als die billigsten Arbeitskräfte und werden unterbezahlt.

Die Rezensentin studiert in Münster Ethnologie, Soziologie und Wirtschaftspolitik mit Schwerpunkt Südostasien.